

Ostschweiz

Das Geld und die Grenze

Detailhandel Im Mai wird der Bundesrat einen Bericht zum Einkaufstourismus vorlegen. Das Thema beschäftigt auch den deutschen Finanzminister. Ostschweizer Parlamentariern und Detailhändlern ist die Wertfreigrenze ein Dorn im Auge.

Katharina Brenner, Andri Rostetter
katharina.brenner@tagblatt.ch

Das klingt zunächst nach Entwarnung: Das dritte Jahr in Folge war die Zahl der bearbeiteten Ausfuhrscheine im Zollbezirk Singen rückläufig. 2018 stempelten die Beamten zwischen Konstanz und Bad Säckingen fünf Prozent weniger Ausfuhrzettel ab als im Vorjahr: insgesamt 10,21 Millionen, 33 800 Ausfuhrzettel pro Werktag. Mark Eferl, Mediensprecher des Hauptzollamts Singen, sagt, die Ausfuhrscheine seien «immer noch auf einem hohen Niveau». Die Abfertigungssituation habe sich «geringfügig entspannt». In den meisten Grenzgemeinden habe sich dies allerdings «noch nicht signifikant auf die Verkehrs- und Parksituation» ausgewirkt.

Im eidgenössischen Parlament stand der Einkaufstourismus zuletzt in der Frühlingsession auf der Traktandenliste. Eine Motion des Zuger CVP-Ständerrats Peter Hegglin richtete sich gegen Steuerungerechtigkeit. Wer heute im Ausland einkauft, bezahlt bei Einkäufen bis 300 Franken weder im Inland noch im Ausland die Mehrwertsteuer. Hegglin forderte die Schliessung der Einnahmelücken bei der Mehrwertsteuer. Die Motion des Glarner SVP (SVP) verlangte die Senkung der Freigrenze von 300 auf 50 Franken. Eine Standesinitiative aus dem Kanton St. Gallen wiederum forderte, dass Einkaufstouristen wenigstens in der Schweiz eine Mehrwertsteuer zahlen müssen. Und mit einer Motion des St. Galler FDP-Nationalrats Marcel Dobler sollte der Bundesrat beauftragt werden, eine elektronische Selbstdeklaration für die Mehrwertsteuer einzuführen.

Die vorberatende Kommission unterstützte zwar das Ziel der Vorstösse und der Standesinitiative. Dem Rat empfahl sie gleichwohl die Ablehnung. Begründung: Man solle zuerst den Bericht des Bundesrates abwarten. Die Finanzkommission des Nationalrates hat dem Bundesrat den Auftrag erteilt, einen umfassenden Bericht darüber vorzulegen, wie man mit dem Thema Einkaufstourismus umgehen sollte, etwa über eine Anpassung des Mehrwertsteuerregimes. Der Bericht soll im Mai vorliegen. Bisher

begründet der Bund die Wertfreigrenze damit, dass der Aufwand zur Erhebung der Mehrwertsteuer auf eingeführte Waren im Wert von unter 300 Franken zu gross wäre. Dagegen wehrt sich Walter Meier von der Federer Augenoptik AG in Buchs. Er fordert eine steuerliche Gleichbehandlung inländischer Kunden mit Einkäufern ennet der Grenze und hat Einsprache eingelegt. Meier hofft auf einen raschen Entscheid aus Bern, damit er seinen Kampf auf juristischer Ebene weiterführen kann (Ausgabe vom 30. April). Der Einkaufstourismus ist für hiesige Detailhändler nach wie vor eine Herausforderung – neben dem Onlinehandel (siehe Zweittext). In gewissen Fällen ist es auch eine Kombination aus beidem. Über Meineinkauf.ch können Kunden aus der Schweiz Waren bei Onlinehändlern in Deutschland einkaufen und sich an ihre Schweizer Adresse senden lassen. Sie zahlen dabei den gleichen Preis wie Kunden in Deutschland; Sitz des Unternehmens ist in St. Gallen.

Deutscher Finanzminister lässt Erstattung ab 175 Euro prüfen

Aus dem Grenzland Baden-Württemberg kam in den vergangenen Jahren mehrfach die Forderung, Schweizern die Mehrwertsteuer erst ab einem Einkauf von 50 Euro zurückzuerstatten. Derzeit lässt Finanzminister Olaf Scholz prüfen, ob die Mehrwertsteuer bei der Ausfuhr in die Schweiz in Zukunft nur noch ab 175 Euro erstattet werden könnte. Vehementer Gegner dieser Idee ist die Industrie- und Handelskammer (IHK) Hochrhein-Bodensee. Die Konsumentfrage aus der Nord- und Ostschweiz sei «ein tragender Pfeiler der wirtschaftlichen Entwicklung» ihrer Region. Deren «massgeblichen Treiber» auszusetzen oder auszubremsen, wäre «ein grobes Eigentor». Die Einführung einer Wertgrenze, insbesondere in der europarechtlich maximal zulässigen Höhe von 175 Euro, beträfe den «überwiegenden Anteil aller Einkäufe» von Schweizern. Gemäss IHK würde eine Verteuerung von Produkten zu «drastischen Einbussen im Einzelhandel» führen. Sie fordert stattdessen die beschleunigte Entwicklung und Anwendung eines digitalisierten Verfahrens bei der Ausfuhr.



An der deutschen Grenze werden immer noch viele Ausfuhrscheine abgestempelt.

Bild: Martin Rüttschi/Keystone

Nachgefragt

«Einkaufen im Ausland ist zur Gewohnheit geworden»

Mit einer aktuellen Plakatkampagne zielt der Kantonale Gewerbeverband St. Gallen (KVG) auf den Onlinehandel. Der Einkaufstourismus bleibt für das Gewerbe aber dominierendes Thema, sagt KVG-Geschäftsführer **Felix Keller**.

Was ist das grössere Problem für den hiesigen Detailhandel: der Einkaufstourismus oder der Onlinehandel?
Felix Keller: Beide Herausforderungen sind in etwa gleich gross.

Worauf zielt die aktuelle Kampagne des Gewerbeverbands ab?
Wir haben im ganzen Kanton 140 Plakate aufgestellt. Unser Slogan ist «Lokal gekauft – perfekt beraten». Wir zielen damit vor allem auf den Onlinehandel ab. Die Hälfte aller bei «Zalando» bestellten Artikel wird zurückgeschickt,

zehn Millionen Päckchen pro Jahr. Das würde im Detailhandel nie passieren.

Warum nicht?

Der Onlinehandel bietet keine Beratung und keinen Service vor Ort. Geht ein Gerät kaputt, das man im Laden gekauft hat, kann man es dort reparieren lassen und muss es nicht per Post verschicken. Ausserdem gehen mit dem Onlinehandel Arbeits- und Ausbildungsplätze verloren. Die Kampagne verzichtet bewusst auf den Mahnfinger. Die Kunden sollen aus Überzeugung in den lokalen Geschäften einkaufen, weil die Beratung ein echter Mehrwert ist.

Setzt sich der Verband mit weiteren Projekten für den Detailhandel ein?
Die Kampagne ist zeitlich begrenzt. Die Gruppe Handel des KVG beschäftigt sich

laufend mit aktuellen Themen des Detailhandels – im Austausch mit den Mitgliedern. Wir fahren gut damit, alle zwei Jahre eine entsprechende öffentliche Kampagne zu lancieren. Vor drei Jahren standen Lehrstellen im Fokus, vor fünf der Einkaufstourismus. Damals haben



Felix Keller

Bild: PD

wir mit Gewerbeschaffenden aus dem Kanton Einkaufstaschen verteilt.

Stehen Sie in Kontakt mit Gewerbeverbänden aus dem grenznahen Ausland – oder sind die Interessen zu unterschiedlich?

Wir stehen in einem losen Austausch. Einmal im Jahr nehmen wir am Grenzlandtreffen teil, das Gewerbeverbände rund um den Bodensee zusammenbringt. Dabei geht es um grenzüberschreitende Themen wie zum Beispiel Arbeitskräfte.

2018 ging die Zahl der abgestempelten Ausfuhrscheine im Zollbezirk Singen zurück. Bedeutet das mehr Kunden im Kanton St. Gallen?

Der Einkaufstourismus stagniert. Allerdings auf sehr hohem Niveau. In den

Grenzregionen ist der Einkauf im Ausland bereits zur Gewohnheit geworden und Gewohnheiten ändert man bekanntlich nicht so schnell wieder.

Sind Einkaufstourismus und Onlinehandel die wichtigsten Themen, die Sie beschäftigen?

Der Gewerbeverband ist in Gruppen organisiert. In der Gruppe Handel sind Onlinehandel und Einkaufstourismus die beiden wichtigsten Themen. Der Gewerbeverband beschäftigt sich aber auch mit vielen anderen.

Zum Beispiel?

Berufsbildung ist ein zentrales Thema, ebenso die politischen Rahmenbedingungen für das Gewerbe. Generell vertreten wir die Meinung des Gewerbes in Abstimmungen und Vernehmlassungen. (kbr)